Artikel 5 und § 61 (2) StGB fordern die Berücksichtigung der Persönlichkeit des Täters, seiner Individualität, die sich sowohl in seiner Tat als auch dem künftig zu erwartenden Verhalten ausdrückt, als Grundsatz der sozialistischen Rechtsprechung. Dabei ist bei der Argumentation zu beachten:

- a) Die Berücksichtigung der Persönlichkeit des Täters im Zusammenhang mit der Tatausführung erfolgt in be- und entlastender Hinsicht und kann sich sowohl strafmildernd als auch strafverschärfend auswirken. Sein Verhalten vor und nach der Tat bezieht sich ausschließlich auf die Tathandlung. Beides hat Einfluß auf die Feststellung der Tatschwere.

Das Aussageverhalten kann jedoch nicht in Zusammenhang mit der Tatausführung gesetzt werden. Es ist ein gesellschaftliches Verhalten des Täters bei der Aufklärung der Straftat nach ihrer Entdeckung, durch das er im nachhinein nicht be- oder entlastet wird.

- b) Die erzieherische Funktion der Strafe gebietet jedoch auch, die Persönlichkeit des Täters hinsichtlich seiner Fähigkeiten und Bereitschaft, künftig seiner Verantwortung gegenüber der sozialistischen Gesellschaft nachzukommen, zu berücksichtigen. Die Aussagebereitschaft ist ein Hinweis auf das vom Täter künftig zu erwartende Verhalten. Sie hat keinen Einfluß auf die Feststellung der Tatschwere. Deshalb kann aus dem Aussageverhalten nur eine mildere Strafart oder ein geringeres Strafmaß begründet werden.

Eine Strafverschärfung z. B. wegen fehlender Aussagebereitschaft ist nicht möglich und darf dem Beschuldigten nicht angedroht werden. Das ist durch die Beweisführungspflicht des Untersuchungsorgans begründet, die einschließt, daß der Beschuldigte nicht zu wahrheitsgemäßen Aussagen verpflichtet ist.